Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/8308

25. 10. 90

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Beschlußempfehlung und zum Bericht des Innenausschusses — Drucksache 11/7988 —

a) zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksache 11/1689 —

Auftrag der politischen Bildung in der Demokratie

b) zu dem Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 11/1573 —

Politische Bildung

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung erhält folgende Fassung

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der demokratische Staat und die demokratische Gesellschaft leben vom Engagement und der Kompetenz ihrer Bürgerinnen und Bürger. Eine wesentliche Voraussetzung für die Qualifizierung zu demokratischer Teilhabe ist die politische Bildung, die ihren festen Platz in Schule, Berufsbildung, Hochschule und Weiterbildung haben muß. In jüngster Zeit wächst die Bedeutung der politischen Bildung angesichts einer zunehmenden Fülle globaler und gesellschaftlicher Probleme:

— Den natürlichen Lebensgrundlagen droht eine umfassende Zerstörung. Politische Bildung kann ihren Beitrag dazu leisten, die Menschen zu umweltgerechtem Handeln anzuleiten.

— Neue Technologien haben unübersehbare soziale und ökologische Folgewirkungen. Politische Bildung kann die Menschen zum verantwortungsbewußten Umgang mit einer menschengerechten, sozialgerechten und umweltverträglichen Technik befähigen.

— Immer noch ist das Verfassungsgebot der gesellschaftlichen Gleichheit von Mann und Frau nicht verwirklicht. Politische

Bildung kann auf die Ungleichheit aufmerksam machen und zu einem freien, gleichen und solidarischen Zusammenleben der Geschlechter anleiten.

– Die Massenarbeitslosigkeit gerät immer mehr aus dem Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit. Politische Bildung kann auf die sozialen und psychischen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit hinwirken und sie als ständige Herausforderung begreifen lernen.

– Während die Europäische Gemeinschaft mit der Einrichtung des Binnenmarktes im Jahr 1993 zu einem einheitlichen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialraum zusammenwachsen soll, wächst die Gefahr von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus. Politische Bildung kann einen wesentlichen Beitrag zum Kampf gegen Vereinzelung und Entsolidarisierung leisten sowie Toleranz und Solidarität fördern.

– Spätestens seit dem 9. November stellt sich die deutsche Frage neu. Politische Bildung kann mithelfen, neues Zusammenleben in Deutschland vorzubereiten.

Politische Bildung ist ein Ort der kritischen Reflexion und Selbstreflexion und trägt zur Beantwortung der Frage bei, wie menschliches Leben und Arbeiten in Zukunft aussehen kann und soll. Sie ist eine dauernde Aufgabe, da sowohl Jugendliche als auch Erwachsene immer wieder für die gesellschaftliche Verantwortung und Mitwirkung motiviert und befähigt werden müssen. Die sich immer rascher vollziehenden gesellschaftlichen Veränderungen müssen in lebensbegleitender Bildung verarbeitet und bewältigt werden.

Eine umfassende Aus- und Weiterbildung ist nur möglich in der Verbindung von allgemeiner, beruflicher, kultureller und politischer Bildung. Die vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft eingeleitete Konzertierte Aktion Weiterbildung hat die politische Bildung von vornherein an den Rand gedrängt.

Die für den Fortbestand unserer Demokratie zentrale Vermittlung politischer, sozialer, ökologischer und kultureller Kompetenzen muß Bestandteil jeder Aus- und Weiterbildungspraxis werden. Politische Bildung als Prinzip hat damit Eingang in die konzeptionelle Gestaltung aller Aus- und Weiterbildungsbereiche zu finden. Gleichzeitig muß politische Bildung auch Einzeldisziplin mit fachspezifischen Konzepten bleiben. In Zukunft sollten die Entwicklung von Technik und Medien, die Umwelt- und Strukturpolitik, der EG-Binnenmarkt, Europa als Arbeits- und Lebensperspektive sowie Probleme der internationalen Arbeitsteilung, aber auch die deutsche Frage in verstärktem Maße Gegenstand politischer Bildung werden.

II. Daraus ergeben sich folgende Forderungen:

1. Politische Bildung als integraler Bestandteil des Bildungssystems

   Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die politische Bildung wegen ihrer Bedeutung für Fortbestand und Ausbau der Demokratie in allen Bildungsbereichen zu stärken.

Aufgrund veränderter gesellschaftlicher Bedingungen hat die politische Bildung einen Bedeutungswandel erfahren. Sie kann sich nicht auf die „klassischen" Themen beschränken, die sie ehemals bestimmten, sondern sie muß vor allem den Zusammenhang zwischen wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen und den damit einhergehenden Veränderungen der verschiedenen Lebensbereiche verdeutlichen.

Politische Bildung muß in ihren Angeboten fachbereichsübergreifend sein, wenn sie der zunehmenden Interdependenz verschiedener Politiken und Lebensbereiche entsprechen soll. Sie darf dabei nicht ihre Eigenständigkeit als Lernbereich der Weiterbildung aufgeben. Ebenso wie die politische Bildung als Prinzip in anderen Lebensbereichen wirksam wird, so muß sie Elemente von allgemeiner, beruflicher und kultureller Bildung in ihr Angebot einbeziehen.

Die Vorstellung, ökonomische Kategorien auf Bildungsprozesse übertragen zu können, gefährdet die Stellung der politischen Bildung in der Weiterbildung. Politische Bildung ist, wie die gesamte Weiterbildung, nicht marktfähig.

Der Deutsche Bundestag fordert deshalb, daß Bestand und Weiterentwicklung der politischen Bildung von Bund, Ländern und Kommunen durch ein regional erreichbares Bildungsangebot gewährleistet werden. Das bedeutet, daß die Träger politischer Bildung in ihrer großen Vielfalt durch ausreichende öffentliche Förderung in die Lage versetzt werden, ihre Angebote sicherzustellen und zu erweitern.

Politische Bildung muß in ihrem Bemühen um die Gleichberechtigung von Frau und Mann mehr als bisher die Interessen von Frauen berücksichtigen. Zur Zeit sind die Institutionen der politischen Bildung sowie deren Angebote, Kommunikationsnormen und -formen überwiegend von Männern geprägt. Spitzenpositionen sollten daher verstärkt mit Frauen besetzt werden. Staatliche Zuwendungen könnten von der inhaltlichen und personellen Erfüllung von Frauenförderplänen bei den Institutionen der politischen Bildung abhängig gemacht werden.

2. Organisation und Finanzierung der politischen Bildung

In den letzten Jahren haben die öffentlichen Zuschüsse bzw. Förderungsmittel mit der realen Kostenentwicklung weder Schritt gehalten noch sind sie den steigenden Anforderungen an die politische Bildung gerecht geworden. Dies hat die Einführung bzw. ständige Erhöhung von Teilnehmerbeiträgen zur Folge gehabt.

Die jeweils nur von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr wirkende Bewilligung öffentlicher Mittel im Rahmen der Projektförderung erschwert eine kontinuierliche Arbeit der Träger der politischen Bildung. Darüber hinaus behindern die Förderungsrichtlinien des Bundes und der Länder, aber auch Freistellungsregelungen, vielfach durch scharfe Regle-

mentierung die Weiterentwicklung der konzeptionellen Arbeit. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb eine ausreichende Grund- und Breitenfördung der politischen Bildung von Bund, Ländern und Kommunen mit weitgehendem Gestaltungsspielraum für die Bildungspraxis.

3. Einheitliche Regelung für die Freistellung zur Teilnahme an politischer Bildung

   Die wachsenden Anforderungen an die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, sich umfassend weiterzubilden und neue gesellschaftliche Orientierungen zu gewinnen, fordert auch ein Mehr an Bildungszeit während der Berufstätigkeit. Mit dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes hat der Bildungsurlaub als wesentlicher Bestandteil einer Weiterbildungspolitik im Interesse einer demokratischen und sozialen Entwicklung der Gesellschaft und deren Sicherung seine verfassungsrechtliche Bestätigung erhalten.

   Tarifvertragliche Weiterbildungs- und Freistellungsregelungen sind zwar grundsätzlich zu begrüßen. Sie sind jedoch für die dargestellten Probleme keine Lösung, da sie in erster Linie Freistellungsregelungen zur Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung beinhalten. Freistellung zur Teilnahme an Veranstaltungen der allgemeinen und politischen Bildung kann deshalb letztlich nur durch den Bundesgesetzgeber geregelt werden.

   Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die mit der Ratifizierung des ILO-Übereinkommens 140 eingegangenen Verpflichtungen, Bildungsurlaubsregelungen aller Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen für Maßnahmen der beruflichen, allgemeinen und politischen Bildung zu schaffen, durch ein Bundesgesetz einzulösen. Beamte und Richter sind in dieses Gesetz einzubeziehen.

   Erhebliche Probleme gibt es auch bei der Anerkennung und Inanspruchnahme von Veranstaltungen der politischen Bildung im Rahmen der Verordnung für Sonderurlaub für Bundesbeamte und Richter im Bundesdienst. Hier ist eine zunehmend restriktiv werdende Anerkennungspraxis der Bundeszentrale für politische Bildung zu beklagen. Hinzu kommt, daß mit der Anerkennung eine bezahlte Freistellung nicht gewährleistet ist. Diese Praxis bringt erhebliche Kalkulationsrisiken für die Veranstalter mit.

4. Auswirkungen der europäischen Integration auf die politische Bildung

   Der gesamteuropäische Einigungsprozeß, vor allem der für Ende 1992 angestrebte einheitliche Binnenmarkt, stellt erhebliche Anforderungen an die politische Bildungsarbeit. Er gebietet eine enge bildungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinschaft sowie durch den Europarat mit allen europäischen Staaten und muß in dieser Zusammenarbeit Schwerpunkte für politische Bildungsarbeit setzen. Dabei darf Osteuropa, vor allem nach den jüngsten Entwicklungen, nicht vernachlässigt werden – Europa ist mehr

als das Europa der Zwölf. Ziel einer solchen politischen Bildungsarbeit ist die Eröffnung einer gesamteuropäischen Lebensperspektive für alle Bürgerinnen und Bürger. Zu einer qualifizierten Ausbildung gehört auch die Kompetenz, einen politischen, sozialen und ökologischen gesamteuropäischen Raum zu gestalten. Bei der Förderung von Sprachausbildung müssen integrierte Angebote von Spracherwerb und landeskundlich-politischer Bildung entwickelt und durchgeführt werden. Politische Bildungsarbeit im gesamteuropäischen Einigungsprozeß muß sich auch mit Konfliktbereichen wie dem Vorrang von wirtschaftspolitischen Entscheidungen der EG, mit den in Bildungs- und Kulturpolitik eingreifenden Kommissionsbeschlüssen und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes oder der Kulturhoheit der Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigen. Die Kooperation der politischen Bildungsarbeit in Europa muß finanziell und organisatorisch gestärkt werden. Veranstaltungen zur politischen Bildung, die die gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt Europas einbeziehen, müssen in allen europäischen Staaten durchgeführt werden können und Menschen aus allen europäischen Staaten die Teilnahme an diesen Veranstaltungen ermöglichen. So kann politische Bildung ihren Beitrag leisten, damit Europa zusammenwachsen kann.

5. Aufgaben der politischen Bildung für die politische Entwicklung in Deutschland

Durch die politische Entwicklung in der DDR sieht sich die politische Bildungsarbeit neuen Herausforderungen gegenüber. Das Bedürfnis nach politischer Bildung im Dialog und ohne Bevormundung wächst. Fast alle Menschen in Deutschland haben Defizite in der Kenntnis der neueren geschichtlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland. Politische Bildungsarbeit kann diese Kenntnisse zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern beider deutscher Staaten erarbeiten. Hierzu gehört auch die Auseinandersetzung mit der Vielfalt des kulturellen Erbes.

Politische Bildungsarbeit muß organisatorisch und finanziell in die Lage versetzt werden, die Entwicklungen auch im künftigen gemeinsamen Deutschland kritisch zu erarbeiten und zu vermitteln. Dazu gehört auch, daß Vorschriften und Regelungen entfallen, die eine gemeinsame Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern der DDR, auch ehemaligen, und der Bundesrepublik Deutschland entweder in der DDR oder in der Bundesrepublik Deutschland behindern. Denn es ist wichtig, über politische Bildungsarbeit das Kennenlernen der Menschen in ganz Deutschland zu fördern.

Die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland haben angesichts der Entwicklungen in der DDR und in Osteuropa viele offene Fragen. Die kritische und selbstkritische Beurteilung der Entwicklung in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens, das Erkennen von Fehlentwicklungen und das Erarbeiten von Lösungsmöglichkeiten muß von den Trägern der politischen Bildung angeboten werden können. Es

melden sich zunehmend auch Menschen aus der DDR für Seminare der politischen Bildung an. Auch die Menschen, die die DDR verlassen haben und in die Bundesrepublik Deutschland gezogen sind, haben die von oben diktierte politische Meinungsbildung erfahren. Politische Bildungsarbeit muß dieses breite Bedürfnis nach Information über demokratische Werte, nach Eröffnung von sozialen und demokratischen Perspektiven durch ein breites Angebot erfüllen. Es ist auch die Aufgabe der politischen Bildungsarbeit, den Zugang zur demokratischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland zu erleichtern und das Nachdenken sowie auch das Einordnen ständig neuer Erfahrungen im täglichen Leben zu ermöglichen. Über Kooperation sollten politische Bildungsveranstaltungen auch in der DDR angeboten werden, die die Bedürfnisse und Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger dort achten.

Die Einbeziehung der europäischen Integration ist ein wichtiger Aufgabenbereich der politischen Bildung, um das Verhältnis beider deutscher Staaten und ihr Zusammenwachsen zu bestimmen. Die Mitgliedstaaten der EG haben erklärt, daß sie die politische Entwicklung im Osten Europas unterstützen wollen. Hierzu in beiden deutschen Staaten die Voraussetzungen zu schaffen, ist Teil der politischen Bildungsarbeit und muß verstärkt gefördert werden.

Bonn, den 25. Oktober 1990

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333